

Ganz nach dem Motto "Ende gut - alles gut!"...

Über die Möglichkeit eines Einspruchs gegen die geplante Erweiterung des niederländischen Atommülllagers in der Provinz Zeeland bei Borssele bis zum 05.11.14 erfuhr die Öffentlichkeit im eigenen Land sowie in angrenzenden Ländern, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, so spät, dass kaum jemand reagieren konnte.

Durch eine fehlende Antragsunterlage, wie das AntiAKW-Bündnis [AntiAKW-Aachen](#) in Erfahrung brachte, muß das Genehmigungsverfahren für die Erweiterung des Atommülllagers wiederholt werden. Dadurch besteht für Privatpersonen, Kommunen sowie Umweltverbände u. a. die Möglichkeit, sich erneut gegen diesen Bau zu positionieren. Die Einspruchsfrist endet am 24.12.14.

Udo Buchholz, Sprecher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), gab der Tageszeitung [junge Welt](#) ein ausführliches Interview zu diesem geplanten Erweiterungsbau, das in der Tagesausgabe am 03.11.14 erschien. Er weist besonders darauf hin, dass das ganze Verfahren neu aufgerollt werden muß und sich das Land NRW, die Kommunen und auch Privatpersonen dagegen Einspruch einlegen sollten. Der ganze Zeitungsartikel ist [hier](#) nachzulesen. (Quelle: Printausgabe junge Welt 03.11.14)

Den von Martina Haase, AntiAKW-Aachen, vorbereiteten Vordruck für Einspruchssammlung per Unterschriftenliste gibt es hier zum Ausdrucken: [Seite 1](#) und [Seite 2](#). Wo die ausgefüllten Listen abgegeben werden können, steht unten auf Seite 2. Zusätzlich kann man per Email Einspruch einlegen. Der vorbereitete Einspruchstext, der weiter unten zum Kopieren bereit steht, kann unter Angabe des vollständigen Namens und der Adresse direkt an Covra - Postbus.aanvraagCOVRA@minez.nl - gemailt werden.

An dieser Stelle möchte sich der Strahlenzug bei Martina Haase bedanken für ihre gute Recherche und die vorbereitete Unterschriftenliste.

Da bleibt uns nur noch zu sagen: Verteilt diese gute Botschaft überall, sammelt Unterschriften,

legt Einspruch per Mail ein und mobilisiert Eure lokalen Politiker, damit auch die Kommunen geschlossen "Nein" sagen.

Den Strahlenzug findet Ihr auch bei [Facebook](#) .

Hier auch der Einspruchstext zum Kopieren:

Keine Vergrößerung des Atommülllagers in Zeeland!

Die COVRA (Centrale Organisatie Voor Radioactief Afval) hat bei der niederländischen Regierung die Vergrößerung des Atommülllagers „Habog“ bei Borssele in der Provinz Zeeland beantragt. Dort lagert u.a. der hochradioaktive Abfall des AKWs Borssele, des bisherigen Forschungsreaktors Pallas in Nordholland, der jetzt durch einen neuen (HFR) ersetzt werden wird. Die hochradioaktiven Abfälle dieses einzigen niederländischen Leistungsreaktors gehen zur Wiederaufbereitung durch Belgien und Frankreich nach La Hague und von dort nach den Niederlanden zurück. Diese Transporte gefährden alle Anwohner. Die Wiederaufbereitung in La Hague bedroht im Katastrophenfalle ganz Europa. Die Ausdehnung der Betriebsgenehmigung des Reaktors Borssele (von 1973) um 20 Jahre verlängert, birgt auch alle diese Gefahren. Ein niederländisches sicheres Endlager ist ebenso unauffindbar wie ein deutsches, belgisches oder französisches! Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma heißt für alle Länder die Beendigung der Atommüllproduktion, für die Niederlande also die sofortige Stilllegung des AKW Borssele und der Urananreicherungsanlage in Almelo.

Ein Unfall im Atommülllager in Zeeland mit Freisetzung hochradioaktiver Stoffe würde auch die Bevölkerung der Nachbarländer betreffen. Deshalb fordern wir eine wesentlich frühere und umfassende Beteiligung der Bürger/-innen auch in ihren Nachbarländern in ihren jeweiligen Landessprachen entsprechend den Richtlinien der Aarhus und 'Espoo-Konvention, die in allen EU-Ländern als geltendes Gesetz anzusehen sind!

Einspruch gegen niederländisches Atommülllager bis 24.12.14 möglich

Samstag, den 29. November 2014 um 17:22 Uhr
